

Vorlage Nr. III/10/2013
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 2

Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011 bis 2013

A Problem

Ein funktionierender Ausbildungsmarkt und gut ausgebildete Fachkräfte zählen mit zu den wichtigsten Standortfaktoren einer Region. Die 28 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der „Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011 bis 2013“ haben sich deshalb

- zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Zukunft,
- zur Schaffung ausreichender Ausbildungsplätze und Stärkung der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe,
- zur Steigerung des Ausbildungsanteils von Jugendlichen mit Migrationshintergrund,
- zur Weiterentwicklung der Berufsorientierung, Verbesserung des direkten Übergangs von der Schule in die Ausbildung und Förderung des lebensbegleitenden Lernens,
- zur Unterstützung langjährig Ausbildungsplatzsuchender,
- zur Steigerung der Ausbildungsqualität,
- zur Unterstützung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und
- zur Begleitung des demografischen Wandels und Verbesserung der Erwerbsbeteiligung Älterer

verpflichtet, die bewährte Zusammenarbeit im Rahmen des „Bremer Pakts für Ausbildung“ ab 2011 in den „Bremer Vereinbarungen“ fortzusetzen.

B Lösung

Zur besseren Strukturierung der Ziele haben sich die Partnerinnen und Partner auf insgesamt 13 konkrete Vereinbarungen verständigt, die im Rahmen von zahlreichen Arbeitssitzungen und -aufträgen im Laufe der Zeit umgesetzt oder zumindest begonnen werden konnten. Die Federführung für den Aufgabenbereich haben alternierend die Senatorin für Bildung und Wissenschaft sowie der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen übernommen. Von Seiten des Magistrats nehmen an den Arbeitssitzungen regelmäßig Vertreterinnen und Vertreter des Amtes für kommunale Arbeitsmarktpolitik und des Schulamtes teil.

Der aktuelle Umsetzungsstand der Bremer Vereinbarungen wurde in einer Plenumsitzung (Jahresbilanz) am 06. Februar 2013, an der die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner teilgenommen haben, der Öffentlichkeit vorgestellt und ist der Vorlage als Anlage 1 beigefügt.

Da sich die Entwicklung der Ausbildungsmärkte in beiden Städten unterschiedlich darstellt, haben sich die Akteure für 2013 eine weitere Intensivierung ihrer Zusammenarbeit am Standort Bremerhaven vorgenommen.

Die Analyse der Daten des Bremerhavener Ausbildungsmarktes zeigt drei zentrale Probleme:

1. Die Zahl der Ausbildungsplätze ist nicht ausreichend, um alle Bewerberinnen und Bewerber aufzunehmen.
2. Schülerinnen und Schüler besuchen berufliche Schulen, obwohl sie nach eigenen Aussagen einen Ausbildungsplatz vorgezogen hätten.
3. Viele Jugendliche sind bei Beginn der Ausbildung bereits über 20 Jahre alt; gleichzeitig sinkt die Zahl der Ausbildungsplatzbewerberinnen und Bewerber kaum, deren Schulabschluss ein Jahr oder länger zurückliegt.

Die Akteure in Bremerhaven haben sich deshalb übereinstimmend dafür ausgesprochen, für die Stadt Bremerhaven eine zusätzliche Vereinbarung zu treffen, die als Anlage 2 beigefügt ist.

C Alternativen

Keine.

D Finanzielle/Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Keine unmittelbaren.

E Beteiligung/Abstimmung

Die Vorlage ist unter Beteiligung des Amtes für kommunale Arbeitsmarktpolitik und des Schulamtes erstellt worden.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Erfolgt ggf. in Absprache mit den Dezernenten III und IV.

G Beschlussvorschlag

Der Magistrat nimmt den aktuellen Stand der Umsetzung der „Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011 bis 2013“ und die Vereinbarungen zur „Zukunft Bremerhaven“ zur Kenntnis.

Klaus Rosche
Dezernent

Michael Frost
Dezernent

Anlage 1: Bilanz der Umsetzung
Anlage 2: Zukunft Bremerhaven